

Kulturinfarkt?

Über einen untauglichen Versuch, die staatliche Kulturförderung zu reformieren.

Kommentar von Rolf-Peter Carl

„In Eurem Kopf liegt Wissenschaft und Irrtum / Geknetet, innig, wie ein Teig zusammen; / Mit jedem Schnitte gebt Ihr mir von beidem.“ Kopfschüttelnd vernimmt der Gerichtsrat Walter, wie sich Dorfrichter Adam die Prozessordnung auf seine Weise zurechtlegt. So ähnlich geht es dem Leser der düsteren Botschaft vom „Kulturinfarkt“ und der tröstlichen Prophezeiung von den ordnenden Kräften des Marktes, die auch hier alles richten könn(t)en, die die Autoren Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel und Stephan Opitz kürzlich vorgelegt haben und die seitdem für Aufregung sorgt. Hier geht es allerdings nicht um einen „Teig“ aus Wissenschaft und Irrtum, sondern um eine krause Mixtur aus durchaus berechtigten Mahnungen (und daraus resultierenden Empfehlungen), massiven Ressentiments, apodiktischen Behauptungen, mantraartigen Beschwörungen und – vor allem – flotten Sprüchen. Philipp Rösler hätte seine helle Freude daran, wie hier das hohe Lied des freien Marktes gesungen wird.

Aber der Reihe nach. „Von allem zu viel und überall das Gleiche“, das wird dem Leser gleich mehrfach eingehämmert. „Überall das Gleiche“, das zielt auf die dichte kulturelle Infrastruktur – kein schönes Wort, aber eine gute Sache –, die wir zum Glück in Deutschland haben und um die man uns draußen beneidet. Nahezu jede Kommune verfügt zumindest über eine öffentliche Bibliothek, eine Musikschule und eine Volkshochschule (oder deren Zweigstelle). Das ist gut so, und davon kann es gar nicht zu viel geben. Die Autoren allerdings halten die Hälfte davon für überflüssig und vertreten allen Ernstes (?) die These, eine Entfernung von 100 km sei dem „Kulturkonsumenten“ – also auch dem Bibliotheksbenutzer, dem VHS-Hörer, dem Kind im Instrumentalunterricht – zumutbar. „Was wäre gefährdet, wenn die Hälfte der Theater und Museen verschwände ...? 70 ... Bühnen statt 140 in Deutschland, 700 statt 1300 Bibliotheken in der Schweiz“ – das ist entweder nur undurchdacht oder der blanke Zynismus. Wozu würde es führen? Die Hälfte der Bevölkerung wäre praktisch von Bildungs-

und Partizipationsmöglichkeiten abgekoppelt (von den umweltpolitischen Konsequenzen, wenn die 100 km-Distanz in Kauf genommen würde, einmal ganz abgesehen). Und was die großen Kulturinstitutionen, die „Leuchttürme“, betrifft, die gibt es keineswegs überall und sie sind einander auch keineswegs gleich. Zur Staatsgalerie Stuttgart, zu den Münchner Pinakotheken, zur Hamburger Staatsoper, zur Anna-Amalia-Bibliothek oder zu den Wörlitzer Gärten fahren die interessierten „Konsumenten“ gern auch mehr als 100 km.

Ausgangspunkt und Hauptanliegen der Autoren ist die Feststellung, die gegenwärtige Kulturpolitik und –förderung sei „angebotsfixiert“ und gehe (deshalb) an den Interessen der Konsumenten, zumal der jüngeren Generation, vorbei. Erforderlich sei aber eine Orientierung auf die „Nachfrage der Basis“. Oberste und einzige Prüfinstanz auch für die Produkte von Kunst und Kultur sei der Markt. Was sich dort nicht durchsetze bzw. bewähre, werde zu Recht verschwinden und dürfe daher auch nicht mit staatlicher Förderung künstlich am Leben gehalten werden. Die bislang vorherrschende – marktfeindliche – Angebotsorientierung ist – in der Sicht der Autoren – durch weitere un-gute Begleiterscheinungen und Konsequenzen gekennzeichnet. Insbesondere der „institutionelle Kulturbetrieb“ weise eine „Wagenburgmentalität“ auf, er sei vergangenheitsorientiert, innovationsfeindlich, strukturerhaltend und selbstverteidigend. Zudem privilegiere er das Individuelle, Originelle, Exzentrische und diskreditiere auf der anderen Seite alles, was auch nur entfernt nach Massenkultur und – geschmack rieche. Dahinter stehe letzten Endes nichts anderes als „Publikumsverachtung“.

Buchstäblich ein „rotes Tuch“ ist den „vier führenden Kulturexperten“ (Rückentitel) die „neue Kulturpolitik“ seit den 70er Jahren. Deren programmatische Forderungen – „Kultur für alle“, Ausbau der kulturellen Infrastruktur, Sicherung einer kulturellen Grundversorgung, öffentliche Förderung dessen, was es schwer hat – halten sie entweder schon im Ansatz für falsch oder

für gescheitert. Die dahinter stehende ideologische Position wird kaum kaschiert. Die Ressentiments kommen etwa zum Vorschein, wenn gegen die gesellschaftskritischen Tendenzen der Literatur oder des Theaters in den 70er Jahren polemisiert wird („Die Weltrevolution eroberte die Bühne“; „Kultur und ihre Förderung klinkten sich in die Agenda des Umsturzes ein“), wenn allen Ernstes (?) behauptet wird, „Kultur für alle“ habe nicht „jene Kultur, die allen gefällt, also Breitenkultur, sondern bestenfalls eine Hochkultur nach dem Muster der kommunistischen Länder“ (!) gemeint, oder das „wahre Bewusstsein“ als Erziehungsziel der neuen Kulturpolitik habe einen „roten Mantel“ tragen müssen oder wenn mal eben die französische Nouvelle Vague oder das Oberhausener Manifest von 1962 als Geburtsstunde des Neuen deutschen Films dahingehend kommentiert wird, damit habe sich „auch in der Filmproduktion die Idee der nachfragebefreiten Kunst breitgemacht“.

Um die sogenannte neue Kulturpolitik zu diskreditieren, scheuen die Autoren auch nicht davor zurück, selbst einen Popanz aufzubauen, um ihn dann abschießen zu können. Sie mokieren sich darüber, was Kultur(-politik) alles leisten solle bzw. können solle: „die Demokratisierung befördern, die Fremden integrieren, die Wirklichkeit der Städte steigern, die geistige Einheit der Nation herstellen, die Neonazis vertreiben, den Frieden sichern, wirtschaftliches Wachstum generieren, sozialen Ausgleich schaffen“ – schade nur, dass das niemand jemals behauptet, geschweige denn gefordert hat. Auch die ironische Feststellung, „die Gleichung mehr Kunst, mehr Kultur, mehr Kunstvermittlung = bessere Welt“ gehe nicht auf, zielt ins Leere – wo ist der Adressat, an den sie sich richten könnte? So befördert man keine Diskussion über Ziele und Kriterien der öffentlichen Kulturförderung, man verhindert sie.

Nicht nur Eingriffe in den Markt durch öffentliche Subventionen sind des Teufels, der Staat / die öffentliche Hand habe sich überhaupt weitestgehend aus der Kulturförderung

herauszuhalten. Stattdessen solle „der Bürger und die Bürgerin selbst“ zur entscheidungsbefugten Instanz in Sachen der Kultur erhoben werden. Ebenso wie über Verfassungsänderungen, Schulhausneubauten oder Bahnhöfe seien er und sie aufgerufen, über Zweck und Höhe einer Fördermaßnahme abzustimmen. Förderanträge müssten dann einer Checkliste „sachlicher“ Kriterien – mit allerdings ausdrücklich „außerkünstlerischen Faktoren (Partizipationspotential, Dezentralisierung, Basisinitiativencharakter)“ genügen und der Zuschlag könnte dann am besten – „wirklich demokratisch“ – durch Verlosung erfolgen (!!). Über die Modalitäten künftiger Kulturförderung gehen die Ansichten der Autoren freilich offenbar auseinander (eine weitere Schwäche des Buches: die Beiträge der vier Autoren sind nicht namentlich gekennzeichnet; man kann also nur ahnen, wer gerade „spricht“). An anderer Stelle wird ein „Intendanten-Modell“ propagiert: „multikulturelle und multisoziale Kulturräte“ (wie besetzt und bestellt?) haben über „lokale und regionale Mechanismen der Förderung“ zu befinden. Die Umsetzung liegt dann in der Hand befristet bestellter (von wem? wie qualifiziert?), gut alimentierter „Intendanten der Kulturförderung“, deren Kompetenz immerhin bis zur Entscheidung über die Profilbildung, die Schließung oder Fusion von Theatern reicht. Solche Unklarheiten und Widersprüche finden sich auch andernorts: mal wird der „wachsende Einfluss des Staates“ auf die Kultur(-förderung) konstatiert und kritisiert, mal ist von einer „Marginalisierung“ der Kultur(-politik) die Rede. Hier wird betriebswirtschaftlich kalkulierten Ziel- und Leistungsvereinbarungen als Voraussetzung einer Förderung das Wort geredet, dort gelten Leistungsvereinbarungen plötzlich als Erststickung kreativer Phantasie.

Und wie soll es nun nach Meinung der „führenden Kulturexperten“ weitergehen? Die kulturelle Infrastruktur, d.h. die Zahl der Institutionen von der Bibliothek bis zur Oper, wird halbiert. Das ist gar kein Problem, denn: die allgemeine Mobilität erweitert den Radius der Konsumenten (siehe oben: 100 km bis zur nächsten Musikschule ...) und die Digitalisierung gestattet den preisgünstigen Zugriff auf die meisten Kulturerzeugnisse (zwar nicht live, aber was soll's?). Da stellt sich natürlich die Frage: wer entscheidet über die „Halbierung“ und nach welchen Kriterien? Die bleibt unbeantwortet. Und was geschieht nun mit den – wie auch im-

mer – freigesetzten 2 Milliarden bisheriger öffentlicher Kulturförderung? Dazu schlagen die vier Weisen fünf Kuchenstücke vor: 20% dienen dazu, „die überlebende Hälfte der heutigen Infrastruktur finanziell angemessen auszustatten“ (damit sie – in der Logik der Autoren – dann noch saturierter und unbeweglicher werden?), 20% bekommt „die Laienkultur“ (? – offenbar auf der Basis der Volksabstimmung bzw. des Losentscheids – siehe oben), 20% kommen der „Kulturindustrie“ zugute, etwa für die Förderung der Hersteller von Computerspielen und anderen digitalen Produkten (das wäre doch wohl eine originäre Aufgabe der Wirtschaftsförderung?!), mit weiteren 20% werden die Arbeitsmöglichkeiten der Kunsthochschulen verbessert und erweitert (was zweifellos zu begrüßen wäre) und das letzte Fünftel geht „an eine gegenwartsbezogene kulturelle Bildung“, die deutlich über das bisherige Verständnis dessen hinausgeht und beispielsweise auch türkische Kunst, amerikanische Kulturindustrie oder chinesischen Nationalismus zu umfassen hätte (auch dagegen ist nichts einzuwenden, wenn gleich es reichlich vage klingt und offenbleibt, in welcher Form und von wem solche Angebote getragen werden könnten).

Und wo bleibt nun das Positive? Einiges steckt schon in den Vorstellungen zur Neuorientierung der bisherigen staatlichen Fördermittel, nur kann sie jedenfalls nicht auf dem vorgeschlagenen Weg erfolgen. Der kulturelle Kahlschlag kann sicher nicht zum Fundament der neuen Kulturpolitik werden. Daneben gibt es eine ganze Reihe bedenkenswerter Anregungen und auch praxistauglicher Empfehlungen. Der Aufruf, die Kulturpolitik müsse offen diskutieren, mit welchen Zielen was gefördert werden soll und welche betrieblichen Strukturen dafür geeignet sind – völlig berechtigt. Ebenso das Plädoyer für eine breitere Auslegung des Begriffs „kulturelle Bildung“, für eine stärkere Berücksichtigung von Naturwissenschaft und Technik in der kulturellen Bildung oder für eine Verbindung der Zielsetzung von Erhalt und Nutzung im Denkmalschutz (hier ist auch die Forderung nach einem bundeseinheitlichen Denkmalschutzgesetz und entsprechenden Richtlinien nachdrücklich zu unterstützen). Richtig – allerdings auch nicht gerade neu – ist auch der Anspruch an kulturelle Einrichtungen, sie müssten wirtschaften – das darf aber eben nicht heißen, sich schlicht den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen. Und mit dieser

Einschränkung tun das die allermeisten großen Kulturinstitutionen längst (apropos: an keiner Stelle des Buches wird erkennbar, ob auch nur einer der Autoren eines dieser großen Institute, die so harsch - und pauschal - als schwerfällig und innovationsfeindlich abgebürstet werden, wirklich mal gründlich von innen kennengelernt hat).

Fazit: Es hätte ein gutes Sachbuch werden können. Schade, dass die seriösen, ernstgemeinten und ernstzunehmenden Vorschläge und Anregungen fast untergehen im Getöse der populistischen und nichts-als-provokanten (also nicht ernstzunehmenden) Thesen.

PS. Am 11. April 2012 hat Johan Simons, Intendant der Münchner Kammerspiele und Niederländer, in der „Süddeutschen Zeitung“ seiner Bestürzung über die Kernthesen des „Kulturinfarkts“ Ausdruck gegeben. In den Niederlanden sind die administrativen und fiskalpolitischen Weichen schon gestellt, die den kulturellen Kahlschlag zur Folge haben werden, den die Autoren des Buches auch der Infrastruktur in Deutschland verordnen wollen. Dass dort schon heute Entscheidungen über Kultursubventionen unabhängig von der Politik getroffen werden, hat nach der Einschätzung von Simons zu einer „fatalen Entfremdung zwischen Kunst und Politik“ geführt. Die Gesellschaft habe aufgehört, „sich über Kunst und deren Notwendigkeit auseinanderzusetzen“. Stattdessen sei eine polemische Debatte darüber entstanden, ob die „Kunst sich nicht besser dem Markt unterwerfen“ solle. Er dagegen bewundere am deutschen System der Kulturförderung gerade „diese starke Verbindung zwischen Kunst und der demokratisch legitimierten Politik“, die er etwa erlebe, wenn er seinen Spielplan einem politischen Gremium vorlege und begründe, bevor er ihn der Öffentlichkeit vorstelle. Ihm sei nicht wohl bei der Vorstellung, welche Kriterien der Spielplangestaltung denn wohl „der Markt“ als relevant zu akzeptieren bereit wäre. „Man kann ja nicht übersehen, dass die freie Marktwirtschaft mehr und mehr lauwarmer Einheitsbrei hervorbringt. Was Geld einbringen soll, muss mit dem Massengeschmack kompatibel sein“. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. //

Dr. Rolf-Peter Carl ist stv. Vorsitzender des SHHB. Er war von 1991 bis 2006 Leiter der Kulturabteilung im Schleswig-Holsteinischen Kultusministerium.